

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller

(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK



ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Freitag, 9. November 1934

Nr. 263

Der Ruf der 90.000 darf nicht überhört werden!

Eine Erklärung unserer Parlamentsfraktion

Prag. Als Sprecher unserer Fraktion griff Genosse Kaufmann am Donnerstag früh in die parlamentarische Aussprache über die Minister-Exposés mit einer wirkungsvollen Rede ein. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er folgende offizielle Erklärung unseres Parlamentsklubs:

Auch bei der Stellungnahme zu den Exposés, die wir in diesem Hause gehört haben, gilt unsere heingedachte Sorge dem Schicksal der arbeitenden Menschen und der Arbeitslosen. Wir stellen in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen die Fortdauer der Krisennot und wir sehen es als die wichtigste Aufgabe des Staates an, die wirksamste einzugreifen. Wir haben in einer Beratung unserer Vertrauensmänner in Auftrag die Vorschläge ausgearbeitet, von deren Verwirklichung wir eine fühlbare Besehung der Produktion und vor allem eine Vermehrung der Arbeitsmöglichkeiten erwarten, die den auf ein unerträgliches Minimum gesunkenen Lebensstandard der Arbeiterklasse heben sollen. Dieses Programm gipfelt in den Forderungen, die wir auch heute wiederum unterstreichen wollen:

- Vermehrung der öffentlichen und privaten Arbeitsmöglichkeiten durch Exportförderung, Investitionen und Verbesserung der Kreditorganisation.
- Sanierung der Selbstverwaltungsförderer zur Sicherstellung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben.
- Gesetliche Verkürzung der Arbeitszeit auf vorläufig 40 Stunden wöchentlich.
- Sicherung der Löhne und Verträge. Regulierung des Arbeitsmarktes durch Sicherstellung der freigeordneten Arbeitsplätze für die sozial Bedürftigsten.
- Geheiligte Fürsorge für die Arbeitslosen.
- Rettung der arbeitslosen Jugend vor dem physischen und moralischen Verfall.

Der vorige Sonntag hat gezeigt, daß sich die deutsche arbeitende Bevölkerung unseres Landes diese Forderungen zu eigen gemacht hat und daß sie mit der ganzen Kraft ihres entschlossenen Willens zu ihnen steht. Die Kundgebungen, die unsere Partei am vergangenen Sonntag in Karlsbad, Hohenbros, in Teplitz und Komotau, in Jägerndorf und Mährisch-Schönberg veranstaltet hat, haben mit einer nicht zu überschätzenden Eindringlichkeit die äußere Stärke und die innere Kraft unserer Bewegung aufgezeigt. Sie haben bewiesen, wer berechtigt ist, im Namen der großen Masse des Volkes zu sprechen! Und dabei sind weite Teile unseres Organisationsgebietes, Südböhmen und der Böhmerwald, in Mähren die Wahlkreise Brünn und Jglaun gar nicht zu Wort gekommen. Auch dort wuchsen wir zehntausende Kämpfer, die mit gleicher Treue und Kampfesbegeisterung zu unserer Sache stehen.

Wir fühlen und verpflichten, von dieser Stelle aus unseren treuen Freunden noch einmal für die bewundernswürdige Hingabe und Opferbereitschaft zu danken, die sie an den Tag gelegt haben. Diese Männer und Frauen haben trotz Wind und Kälte, trotz Not und Elend in ihren Familien, trotz mangelhafter Bekleidung und unzureichender Nahrung stundenlangen Weg nicht gescheut und ihre ersten Spargroschen hergegeben, um sich selbst und ihren arbeitslosen Brüdern die Teilnahme an den Kundgebungen zu ermöglichen. Sie haben ein

herrliches Beispiel proletarischer Treue gegeben, sie haben auch den festen Willen ungezählter Tausende zum Ausdruck gebracht, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der deutschen Sozialdemokratie aktiv zu unterstützen.

Und der Ruf dieser Zehntausende darf nicht überhört werden! Er darf um so weniger überhört werden, als sich diese Menschen in stürmischer Zeit durch Wort und Arbeit als die verlässlichsten Stützen der demokratischen Republik erwiesen haben. Wenn wir den Anspruch dieser Menschen auf Brot und Arbeit anmelden, so sprechen wir damit nur eine Selbstverständlichkeit aus. Wir befinden uns hierbei in voller Übereinstimmung mit der fortschrittlichen tschechischen Öffentlichkeit. Wir berufen uns auf die Stimme der „Lidové Roviny“, die am 6. November in Besprechung unserer Kundgebungen schreiben:

„Es ist nicht nur in unserer Macht gelegen, sondern geradezu unsere Pflicht, diesen Menschen zu helfen. Die beste und wirksamste Hilfe ist die Sorge um die Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Not.“

Und den gleichen Gedanken spricht das „Kardni Osvobozeni“ aus:

„Der demokratische Staat ist diesen seinen Wappstein Arbeit und Brot schuldig. Denn eine Armee darf nicht hungern, wenn sie siegen soll. Um so weniger darf die Armee der Kämpfer für die Demokratie in so schweren Zeiten dem Hunger preisgegeben werden.“

Wir quittieren diese Äußerung mit Dank als Ausdruck jener republikanischen Solidarität, auf die wir uns auf unseren Kundgebungen berufen haben.

Wir freuen uns auch, feststellen zu können, daß die Darlegungen des Herrn Ministerpräsidenten die Notwendigkeit planmäßiger wirtschaftspolitischer Eingriffe unterstreichen und auch die Notwendigkeit einer Reihe sozialpolitischer Maßnahmen betont haben. Wir wollen für die Verwirklichung dieser Maßnahmen all unsere Kraft einsetzen!

Arbeitszeitverkürzung reif zur Verwirklichung

Genosse Kaufmann verlangt energisches Einschreiten der Regierung

Prag. Im Anschluß an die Erklärung unseres Klubs, die wir an anderer Stelle veröffentlichten, ging Genosse Kaufmann in der Parlamentsdebatte zur Besprechung der großen wirtschaftlichen Probleme über, von deren gerechter Lösung angefaßt des sechsten Krisenwinters in hohem Maße das Wohl und Wehe der arbeitenden Massen und damit nicht in letzter Linie auch das Schicksal des Staates und aller seiner Bevölkerungsschichten abhängt. Genosse Kaufmann stellte namentlich die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in den Mittelpunkt seiner Rede, da es sich jetzt zeigt, daß trotz der Arbeitszeitbesserung fast keine Neueinstellungen in die Betriebe zu verzeichnen sind. Da kann nur die Arbeitszeitverkürzung helfen, und wenn die Unternehmer wieder haltstarrig bleiben, dann muß eben die Regierung durch Verordnung eingreifen!

In Besprechung der Vorschlagsziffern stellt Redner fest, daß der gemäßigtere Optimismus des Finanzministers bezüglich der zu erwartenden wirtschaftlichen Besserung eine Stufe in den bisher bekannten Wirtschaftsziffern für 1934 hat.

Seit dem Bürgerblock sind fünf schwere Krisenjahre vergangen, die die tschechoslowakische Wirtschaft fast vollkommen lahmgelegt haben. Trotzdem haben wir in dieser schweren Zeit es vermocht, sozialpolitische Fortschritte auf allen Gebieten durchzusetzen, und es wären viele Härten der Personal-Sparmaßnahmen zu vermeiden gewesen, wenn wir nur die durch die Steuerreform und die Steuerabschreibungen des Bürgerblocks verloren gegangenen Milliarden zur Verfügung gehabt hätten. Auch die Verwaltungsreform des Bürgerblocks hat ja nicht zu einer Entlastung, sondern zu einer weiteren schweren Belastung der Administration und des Personalbudgets geführt.

Daß der wirtschaftliche Optimismus des Herrn Finanzministers einer realen Grundlage nicht entbehrt, zeigen, wie Genosse Kaufmann an Hand von Statistiken darlegt, die Ziffern des Außenhandels, aber auch die sinkende Zahl der Konsums und Ausgüsse, das Ansteigen der Produktionsziffern der wichtigsten Zweige der Schwerindustrie, der Fertigungswarenexport usw. Auch bei den Bahnen können wir eine bedeutende Steigerung des Güterverkehrs feststellen. Dagegen ist bei der Kohle eine nennenswerte Veränderung nicht eingetreten und die Produktionsziffern fast gleich geblieben.

Trotz Wirtschaftsbesserung keine Neueinstellungen!

Trotz der Steigerung der Produktion und der Besserung des Waren- und Handelsverkehrs

ist in den Betrieben noch keine Steigerung des Personalstandes zu verzeichnen. Nach den Ziffern der Zentralsozialversicherungsanstalt waren im Jahre 1932 noch 1,805,000 Leute beschäftigt, im Jahre 1933 nur noch 1,619,500 und neuer im Vorausschnitt der ersten acht Monate 1,611,000 Personen. Das zeigt, daß die Unternehmer keine neuen Leute einstellen, solange der bisherige Personalstand bei voller Ausnützung der 48stündigen Arbeitszeit noch ausreicht.

Der Rückgang der Arbeitslosenziffer von 625,000 im August 1933 auf 572,000 im August 1934 ist zum Teil wohl darauf zurückzuführen, daß sich ein Teil der Ausgesteuerten nicht mehr zur Registrierung meldet, ein anderer Teil bei Hilfs- und Gelegenheitsarbeiten beschäftigt ist. Die schwere Arbeit und der geordnete Verdienst in den Industriebetrieben ist aber höchstens nur noch kleiner geworden.

Daher: Arbeitszeitverkürzung!

Aus diesen Gründen ist die Frage der Arbeitszeitverkürzung außerordentlich dringlich geworden. Der frühere Vorschlagsminister Dr. Uech hat schon 1931 eine Vorlage zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden vorgelegt. Nach einer Debatte hier im Hause wurde aber der Entwurf auf ein Nebengeleise geschoben.

Seinerzeit haben die Unternehmer den Standpunkt eingenommen, daß die Frage der Arbeitszeit erst mit Beginn einer besseren Konjunktur geregelt werden könnte, während wir von dieser Stelle aus die Frage der Arbeitszeit

Toter Marxismus?

Wenn irgendwo in einer Gemeinde die sozialistische Stimmenzahl einen Rückschlag erfährt, so sind unsere Gegner flugs mit der Deutung zur Stelle, die Sozialdemokratie sei in unaufhaltsamem Niedergang begriffen, die Arbeiter hätten den Marxismus satt und wendeten sich enttäuscht von ihm ab, weil er verjagt habe. Das Schicksal, von den Feinden in der Einbildung bei lebendigem Leibe begraben zu werden, hat die sozialistische Arbeiterbewegung seit ihrem Bestande erdulden müssen und sie hat es gut ertragen. Wieder einmal herrschte in den Organen der bürgerlichen öffentlichen Meinung in den letzten Jahren die unumstößliche Gewißheit vom restlosen Zusammenbruch des Sozialismus überhaupt, weil dieser in einigen Ländern Mitteleuropas teils durch Anwendung brutalster und blutiger Gewalt, teils durch zur höchsten Verlogenheit gesteigerte Demagogie der Gegner Niederlagen erlitten hat und seine legalen Organisationen vernichtet wurden.

Wird jeder unserer Rückschläge von unseren Gegnern weidlich ausgenützt, um damit das Geschick des Totenganges der verhassten Sozialdemokratie zu betreiben, umso zurückhaltender sind sie bei sozialistischen Wahlerfolgen. Von solchen nimmt die bürgerliche Presse kaum Notiz, das würde ihr antimarkistische Konzept, in dem die sozialistische Arbeiterbewegung nun einmal als tot und begraben gilt, bedenklich stören. So wissen die Kreise, die ihre Informationen über das Weltgeschehen aus dieser Quelle beziehen, kaum etwas davon, daß in den jüngsten Wochen in allen Ländern, in denen die Staatsbürger noch frei wählen können, ohne befürchten zu müssen, für ihre politische Willensbetätigung in einem Konzentrationslager monatelang gefoltert zu werden, der Sozialismus höchst kräftige Lebenszeichen gegeben hat: in Australien, in Schweden, in Frankreich, in Norwegen und neuerdings in England.

In Australien haben die bürgerlichen Parteien bei den Parlamentswahlen verzweifelte Anstrengungen gemacht, um die Arbeiterpartei zu schlagen, es ist ihnen nicht im entferntesten gelungen. Die australische Labour Party hat tapfer dem vereinigten Ansturm standgehalten und sie hat sogar zu ihrem Besitz noch mehr als ein Duzend neuer Mandate gewonnen, so daß die Regierung die Mehrheit im Parlamente verloren hat. Bei den französischen Kantonalwahlen hat die sozialistische Partei ihre Stellung auf behauptet und sogar verbessert, obwohl ihr Zusammengehen mit den Kommunisten zu einer verschärften Hebe Anlag gab und sich eher ungünstig als günstig auswirkte. Auch die zunehmende Arbeitslosigkeit und die Not der Landbevölkerung warf ihre Schatten, dennoch blieben die sozialistischen Positionen unerschüttert. Die Bedeutung des Sieges der Sozialdemokratie bei den norwegischen Gemeindevahlen wurde wenigstens hier gewertet. Einen herrlichen Aufstich für die kommenden Parlamentswahlen in England bilden die vor wenigen Tagen durchgeführten Gemeindevahlen, bei welchen die Arbeiterpartei über 750 neue Mandate erobert hat. Höchst beachtenswert ist auch der große Erfolg der schwedischen Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen. Sie hat als weitaus größte Partei des Landes mit einer Stimmenzahl von 682.000 ihre Mandatszahl von 469 auf 503 zu steigern vermocht. Es ist dies ein imponantes Bekenntnis der Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibenden und Bauern zur sozialdemokratischen Staatsführung, der es gelungen ist, das Land durch die schweren Krisenzeiten glücklich hindurch zu steuern und aus ihm ein Land des Wohlstandes zu machen. Dieser prächtige Wahlerfolg hat die Auffassung widerlegt, die Regierungstätigkeit oder die Teilnahme einer sozialistischen Partei an der Regierungsmacht führe unter allen Umständen zu ihrer Diskreditierung bei den Volksmassen.

Diese Erfolge verdienen um so höhere Beachtung, weil sie inmitten der ärgsten Krise errungen wurden, welche das kapitalistische Zeitalter jemals erlebt und von der die Kühnheit der heutigen Gesellschaftsordnung erwarten, daß sie unweigerlich zur Schwächung der sozialistischen Front führen müsse. Dies, weil in der Zeit der wirtschaftlichen Zerrüttung und der sie begleitenden Massenarbeitslosigkeit die Abwehrkräfte der Arbeiterklasse gegen die Verelendungstendenzen des Kapitalismus geschwächt sind und alle Mühe der Par-

(Fortsetzung auf Seite 2.)

teil und der Gewerkschaften kaum ausreicht, den Opfern der Krise das nackte Leben zu sichern. Die von den Industriemagnaten und reichen Grundbesitzern mit ausgiebigen Geldmitteln unterstützte faschistische Propaganda ist überall am Werke, die Verantwortung für das wirtschaftliche Chaos und das herrschende Elend von den Schultern des Kapitalismus auf die des Sozialismus und der Demokratie abzuwälzen und die politische wie wirtschaftliche Unbildung großer Massen sowie der von den Kommunisten in die Arbeiterbewegung hineingetriebene Keil der Spaltung steigern in gefährlicher Weise die Erfolgsaussichten dieser Hege. Ruhiges Nachdenken und Erforschen der wahren Gründe ihrer traurigen Lage liegt nicht jenen, die sich dem Nichts oder dem drohenden Untergang gegenüber sehen. Wenn in einer solchen Zeit die Sozialdemokratie nicht nur ihre alten Rader beisammen behält und ihr sogar gelingt vorzustößen, so liegt darin der Beweis, daß sie lebt, daß sie trotz alledem marschiert. Der toben nach dem Gewalt, ausgeübt von den Landsoberhöfen der Reaktion, konnte es wohl gelingen, in verschiedenen Ländern die sozialistische Bewegung zu unterdrücken und ihre Anhänger für eine Zeitlang einzuschüchtern, doch dort wo sie demokratische Betätigungsmöglichkeiten besitzt, zeugt sie von ihrer ungebrochenen Kraft und davon, daß sie unvermindert die stärkste Hoffnung der Mühseligen und Beladenen geblieben ist. Sie lebt auch dort weiter, wo durch den Faschismus zur höheren Ehre des Nationalismus, des Katholizismus und Kapitalismus, Menschen hingemordet, Verurteilt und Konzentrationlager gefüllt wurden. Die Temperaturverhältnisse ändern sich nicht, wenn man das Thermometer, das für registriert, zerdrückt. Die lebendige Idee des Sozialismus, für Millionen in ihrem trostlosen düsteren Dasein die einzige Zukunftshoffnung, sie kann auch in den Strömen des vom nationalen und christlichen Faschismus vergifteten Blutes nicht untergehen.

Chauvinistische Hetze

gegen die polnische Sozialdemokratie

Die Differenzen mit Polen haben auch ihren Widerhall innerhalb der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei gefunden und dazu geführt, daß der einzige polnisch-bürgerliche Abgeordnete, Dr. Bugel, unter dem Druck national-faschistischer Kreise kürzlich aus dem Klub der tschechischen Sozialdemokraten, dem er als Hospitant angehört, ausschied.

Der zweite polnische Abgeordnete des Parlaments, der Sozialdemokrat Chobot, verlor sich am Donnerstag in der Parlamentsdebatte, daß diese Kreise auch ihn angreifen und des Volkserrates zeihen, weil er und seine Partei es ablehnen, aus dem Koalitionslager auszutreten und sich an der antisozialistischen chauvinistischen Hege, die aus den Kreisen des polnischen Konsuls Palhomme in Währ.-Ostrov ausgeht, zu beteiligen. Man geht so weit, ein Festhalten gegen die polnische Sozialdemokratie zu empfehlen, und arbeitet mit den gemeinsamen Mitteln. Genosse Chobot verlangt, daß die Regierung die Abberufung dieses merkwürdigen Konsuls verlange.

Griechenlands Senat gegen Frauenwahlrecht

Athen. Der Senat hat einen Gesetzesantrag, durch welchen den Frauen das Gemeindevahlrecht erteilt werden sollte, abgelehnt.

Gen. Kaufmann über Arbeitszeitverkürzung

(Fortsetzung von Seite 1.)

als Krisenfrage, als Frage der Solidarität der gesamten Arbeiterschaft bezeichnet haben. Damals haben natürlich die Kommunisten und bei den Arbeitern nach Kräften verächtigt.

Bei den Verhandlungen, die später unter Zustimmung des Ministerpräsidenten zwischen Gewerkschaften und Industriellen über die Arbeitszeitverkürzung eintraten, haben die Unternehmer die Sache wieder umgedreht und erklärt, daß der Beginn einer Konjunktur die Möglichkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit vollkommen ausschließt, vor allem mit dem von uns geforderten Lohnausgleich, weil dies angeblich die Rationalisationsbasis zerstören würde.

Im Laufe der Verhandlungen mit den Vertretern des BzG und des Hauptverbandes der deutschen Arbeitgeber kamen die Herren plötzlich mit einem neuen Vorschlag, um die Zahl der vollständig Erwerbslosen zu verringern; es war dies ein Vorschlag nach dem Muster der Arbeitsfront in Hitler-Deutschland: Sie erklärten, im Falle unserer Zustimmung um 100 Prozent mehr Arbeiter einzustellen, aber bei gleichen Bruttolöhnen. Das heißt, daß die Arbeiter auf 50 Prozent ihres ohnedies geringen Lohnes verzichten müßten! Das haben wir natürlich abgelehnt und bis heute ist diese Frage trotz neuerlichen Verhandlungen seiner Lösung zugeführt worden.

Die Unternehmer möchten eben am liebsten ohne Arbeiter mit vollständig automatisierten Betrieben die Produktion aufrecht erhalten, und sie bedenken nicht, daß sie dann auch keine Konsumenten hätten, die ihre Waren kaufen würden!

Aber nur eine dem Bedarf angepasste Produktion bei gleichzeitiger Erhöhung der Kaufkraft der Arbeiter, also eine Planwirtschaft, für die auch der Herr Ministerpräsident in seinem Exposé ein gewisses Verständnis aufgebracht hat, ist imstande, die Krise zu lösen. Das werden unsere Unternehmer nie begreifen und es wird daher notwendig sein, daß die Regierung auch hier mit fester Hand zugreift und die notwendigen Maßnahmen einfach im Wege einer Verordnung durchführt!

Bei jeder Gelegenheit haben wir die Frage der Exportförderung an die Spitze unserer Forderungen gestellt. Wir haben zwar ein Exportinstitut, aber wenn es sich um größere Aufträge aus dem Ausland handelt, so finden auch die Unternehmer an dieser Stelle nicht das nötige Verständnis. So ist in den Jahren 1931/32 ein großer Auftrag von über drei Milliarden nach Rußland und Britisch-Indien verlorengegangen. Das hätte man später bei den großen Rußlandaufträgen der Hall, die unseres Schwerindustrie für rund 500 Millionen Aufträge eingebracht hätten. Auch da verlor das Institut!

Eine zweite wichtige Forderung ist die Kreditgarantie durch den Staat. Hier hat Finanzminister Dr. Meißner einen Beitrag von 50 Millionen angeprochen, um in jenen Fällen, wo die Gewinnung neuer Exportgebiete durch solide Firmen möglich ist, für die nötigen Kredite eine Staatsgarantie zu gewähren. Weitere 45 Millionen sollen dazu dienen, um den Selbstverwaltungskörpern die Aufbringung der auf sie entfallenden Quote bei Investitionsarbeiten zu ermöglichen und so neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Es wird aber auch notwendig sein, durch eine Reform der Gemeindefinanzen die Selbstverwaltungen zu entlasten, damit sie ihren sozialen Verpflichtungen wieder gerecht werden können. Wenn der Herr Finanzminister dabei in einem Atemzuge eine Verschärfung des Kontrollrechtes der Ausschüsse bedingt verlangt, so können wir uns dafür nicht erwidern. Wir sind nicht gegen Kontrolle, aber sie darf

nicht zur Schikane werden und jede Bewegungsfreiheit unmöglich machen.

Wir haben weiter großes Interesse an der gleichmäßigen Verbilligung der Kreditanleihe und der Regelung des Marktes der Staatspapiere und sind deshalb für eine Ausgestaltung des Reskont-Institutes. Die Befürchtungen, die sich an die Umwertung unserer Krone geknüpft wurden, haben sich nicht erfüllt. Aber die Exportbelegung hat sich doch nicht in dem erwünschten Maße eingestellt und wir müssen deshalb auch durch Verbesserung unserer Handelsverträge, Errichtung von Handelsvertretungen usw. nachhelfen.

In der Arbeitslosenfrage müssen aber vor allem auch die Schikanen abgestellt werden, die heute namentlich die Arbeitslosenhilfe der Gewerkschaften treffen, und die administrativen Härten beseitigt werden, die die Ernährungsaktion behindern.

Wir wollen dem demokratischen Staat geben, was er zur Erfüllung seiner Verpflichtungen und zum Schutze seiner demokratischen Verfassung braucht, wir verlangen von ihm aber auch, daß er seinen Staatsbürgern und vor allem den Arbeitern gibt, was nötig ist, um sie aus Hunger und Elend herauszuführen und ihre berechtigten wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse zu erfüllen.

Die 90.000, die am 4. November als Sendboten weiterer Hunderttausender und ihr Vertrauen bekundet haben, sind ein Beweis dafür, daß unsere bisherige Politik richtig war! Wir werden im gleichen Sinne weiterarbeiten. Für die Arbeiterklasse, für die Demokratie, aber auch für den demokratischen Staat — wird für uns auch weiterhin die Parole lauten! (Lebhafter Beifall)

Während der Rede des Nationaldemokraten Dr. Hodač kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit Abgeordneten der tschechischen Linksparteien, als er sich gegen die Behauptung wehrte, daß seine Partei in sozialen Dingen auf dem Standpunkt eines ungarischen Liberalismus stehe, und betonte, daß sie schon aus dem Nationalismus heraus, den Dr. Kramat verkündete, niemals gegen „gerechte“ soziale Forderungen sein werde. Neue Zwischenrufe gab es, als Hodač ganz unschuldig fragte, ob es denn außer den Kommunisten bei uns überhaupt eine Partei gebe, welche die demokratisch-republikanische Staatsform mitöfen wolle.

Von Koalitionseite befahte sich Hradovsky mit dem slowakischen Problem und begründete die positive Einstellung der Slowakpartei zur Außenpolitik, erklärte aber, daß hinsichtlich der Autonomieforderungen kein Kompromiß möglich sei.

Dubicky (Rev.) beschäftigte sich mit den hochgeschraubten Kartellpreisen und stellt später fest, daß die Sonierung der Wucherlöhne beschleunigt werden müsse und daß man zur Sonierung der finanziellen Position dieser Verfassung in erster Linie die Eigentümer der großen Gruben herausziehen müsse.

Bezüglich Henleins erklärte Dubicky, daß das Verhältnis der Agrarier zu ihm absolut kritisch sei. Wenn hier gesagt wurde, daß in seinen Reihen große Gruppen von Galenkrenzlerhänden und man aktiv sein müsse, wie ihre Lokaltätigkeiten sich durch Taten benähren, stimmte er damit vollkommen überein; das selbe gelte allerdings auch von allen anderen Parteien der nationalen Minderheiten. Wenn Herr Henlein glaube, daß der Staat, in dem er mit den Tschechen lebe, seinen Vorstellungen über die deutsche Selbst-

verwaltung entspreche, dann werde er sich irren. Dubicky erinnert an die Worte Malypetr von der Lokalität ohne Vorbehalte und erklärt, jeder staatsrechtlichen Tätigkeit müsse ein Ende gemacht werden, möge sie welchen Charakter immer haben.

In den späten Abendstunden kam noch Genosse de Witte zu Worte, der die Erklärung des Ministerpräsidenten unterrichtete, daß erhöhte Maßnahmen für die von der Krise am schwersten betroffenen Gebiete notwendig sind, und darauf hinwies, daß insbesondere die deutschen Grenzgebiete in diese Kategorie gehören. Genosse de Witte rügte in scharfer Weise die Durchkreuzung der sozialpolitischen Maßnahmen durch eine unsoziale und kurzfristige Bürokratie und vor allem die Kontrolle der Ernährungsaktion durch Gesundheitsämter. Er befahte sich dann mit der letzten Rede des Landvolkslers Windisch, der wieder einmal eine Kritik gegen das allgemeine Gemeindevahlrecht geritten hat, und besprach in diesem Zusammenhang die Finanzen der Selbstverwaltungskörper. Was Konrad Henlein betrifft, so erklärte Genosse de Witte, daß wir mit ihm schon allein fertig würden. Zur Friedenspolitik unseres Außenministers können wir unsere volle Zustimmung geben. (Wir werden die Rede im Auszug noch ausführlicher nachtragen.)

Im Rittersaal sprach noch der Hochwürdige Nationalsozialist P a t e j b l. Auf diese Rede folgte eine weitere Erklärung des Justizministers Dr. D e t e r zur Stöhr-Angelegenheit, worauf die Abstimmung über die beiden Exposé's vorgenommen wird.

Herr Stöhr entpuppt sich als Sachwalter Henleins

Prag. Der Senat beendete nach ganzstündiger Debatte Donnerstag gegen 6 Uhr abends die große Debatte mit der Genehmigung der Exposé's durch die Regierungsparteien.

Von deutscher Seite versicherte Feilerfeld namens der Christlichsozialen, daß sie gebotene Demokraten seien.

Senator Stöhr vom Bund der Landwirte, bei als einer der Hauptvertreter jener Richtung im Bund der Landwirte gilt, die mit Henlein durch die und dünn gehen will, bestritt die Richtigkeit dieser Annahme durch ein Blättchen „für die Einigkeit und politische Geschlossenheit des Sudetendeutschtums“, damit „über die Berufe und Stände hinaus die große Linie unseres Volkstums gewahrt bleibe“. Dadurch sei auch die Stellung des Landbündlers zu allen anderen sudetendeutschen Parteien (in erster Linie also zu Henlein) gegeben. Nach einer scharfen Kontrastrede mit einigen unserer Genossen (Dr. S o l i t s c h e r, P o l a c h und M e h a l) führt Stöhr weiter aus, daß bei diesem Einigungsprozeß dem Bund der Landwirte eine führende Rolle zukommen müsse. Auf die Gemütsfrage des Genossen Dr. H o l i t s c h e r: Was heißt völkisch? Gibt es auch eine Einheit mit den Galenkrenzler? gibt Stöhr nur eine ausweichende Antwort.

Auf diese Rede kommt später Genosse Dr. Heller zurück, als er in seiner großen Rede, die mit noch ausführlicher nachtragen werden, besonderen Wert auf die Feststellung legt, daß jetzt endlich einmal über die Beziehungen einer deutschen Regierungspartei zu Henlein völkische Klarheit geschaffen werden müsse.

Von tschechischer Seite befahte sich A. E. K r e j c i mit antipolitischen Problemen, ebenso der Agrarier K r o j c h e r und der Nationalsozialist Dr. M l o n d a. In ihren Reden nahm die Stellung zu Polen einen breiten Raum ein.

Die nächste Sitzung des Senates wird schriftlich einberufen werden.

stehen sah, als eben die Agnes Hruza vorbeiging! Die beiden Juden machten sich einen Zug mit dem Mädchen. Und einen oder zwei Tage darauf standen die zwei wieder miteinander, und wieder ging zufällig die Agnes vorbei...

Bei den Alten liegt aber auch eine alte Aussage der Marie Krcal: ihr hatte die Josefa Strnad damals vertraulich erzählt, die Klma sei an jenem Sonntag mit dem Jumpy verabredet gewesen. Nun wird die Strnad vorgeladen. Sie war früher in Ober-Bjestrzik in Stellung und mit der Klma befreundet. Jetzt ist sie beim Bürgermeister Sadil, dem Haupt des Rechtskomitees, bedienstet. Und was sagt sie jetzt? Nicht mit Jumpy, sondern mit Hilner wollte ihre Freundin zur Wallfahrt gehen. Das und nichts anderes habe sie der Krcal gesagt.

Das Kreisgericht Bijel hat die Arbeit aufgenommen. Im Juli veranstaltet es eine Sechprobe mit dem Zeugen Bedal. Die Gerichtskommission wiederholt die Szenen, die schon einmal von Dr. Baudisch ohne Bedal geprobt worden sind. Diesmal zeigt und nennt man dem Kronzeugen die drei Personen, welche nach der von ihm gegebenen Darstellung die Rollen übernehmen werden. Die Darsteller nehmen ihre Plätze ein, Menowec besorgt das Arrangement. Die Kommission begibt sich auf die Dobroustover Straße. Viel Publikum nimmt an der Veranstaltung teil, die Leute drängen sich um die Herren vom Gericht, einige haben Ferngläser, gespannt verfolgt man den Verlauf, man lauscht und korrigiert seine Ansichten und Beobachtungen. Bedal hat gute Augen, und wo sie versagen, kann er, wenn er ebenso gute Ohren hat, aus den halblauten Bemerkungen der Leute um ihn herum entnehmen, was er nicht weiß. Er erkennt richtig, wieviel Personen ihm gezeigt werden, ob sie hell oder dunkel gekleidet sind, ob sie stehen oder gehen oder sich umdrehen, und ob und wie die Figuren den weichen Stock halten. Er erkennt nicht, ob die Wendungen schnell oder langsam ausgeführt werden, ob die Kleidung der Per-

sonen gut oder schlecht ist, ob einer die Mähe abnimmt oder nicht, und welche von zwei Personen die größere ist. Auf Antrag des anwesenden Verteidigers werden ihm am Walde drüben auch zwei Männer gezeigt, die er zwar kennt, die man ihm aber vorher nicht genannt hat. Wer diese beiden seien, habe er keine Ahnung, muß er gestehen.

Die Sechprobe erweist, was nicht zu beweisen war: daß Bedal instande ist, an Personen, die er erwarbete, gewisse allgemeine Wahrnehmungen zu machen. Nicht erwiefen ist, was zu Beweis stand: daß er eine unerwartete Person erkennen und Einzelheiten exakt beobachten konnte.

Mit dem Material zum Fall Klma kann der Staatsanwalt nicht viel anfangen. Selbst wenn die Aussagen der Polnaer richtig sind, beweisen sie nichts anderes, als daß Hilner am 17. Juli von mittags bis abends mit dem Mädchen beisammen war. Bedal hat ihn zwar nach ihrem Verschwinden im Herrschaftswald getroffen, doch bietet das alles noch kein tragfähiges Fundament für die Konstruktion einer Anklage. Hilner erklärt, die Klma nicht gekannt zu haben und zur Zeit ihres Verschwindens unterwegs gewesen zu sein. Die Erhebungen zur Feststellung seines Alibis sind im Gange.

Eine interessante Vereinerung der Verdachtsgründe liefert im August der Schuster Anton Lang, ein lungenkranker Misanthrop. Vor dem Arzt Dr. Michalek und dann vor Sadil gibt er seine gut durchgearbeitete Befundung ab: an jenem Julisonntag, also vor mehr als zwei Jahren, stand er vor der Tür seines Hauses, als der Zug der Teilnehmer, von einem Platzregen vertrieben, aus dem Wreinawald zurückkam. Hinter der Kluft schritt Hilner, an seiner rechten Seite ein Mädchen. Da es dem Lang auffiel, daß eine anständige Person mit dem Vagabunden ging, folgte er dem Zug bis zum „Roten Acker“, wo die meisten einlebten. Lang warierte nun, seiner Krankheit und des schlechten Wetters ungeachtet, vor dem Gasthaus den ganzen Abend,

bis er kurz nach zehn eine Gruppe von fünf Personen sah: den jungen Max Brettsch, den Drechler Hermann Vach, den Volda, zwischen diesen beiden das Mädchen und dahinter der Glaser Graf. Ohne daß sie ihn sehen konnten, verfolgte er sie und hörte deutlich, wie Vach sagte: „Seien Sie unbefragt, wir führen Sie!“ Dann sah er noch, wie die Gesellschaft auf dem Weg zur Vernichte verschwand.

Dieselben vier Männer standen, erzählt Lang weiter, am 27. März 1899 beisammen. Und genau eine Woche nachher, am 3. April, abends gegen halb acht, kam er an Hilners Wohnung vorbei. Dort fand am geschlossenen Fenster der junge Prochaska und hörte. Der Junge verließ seinen Posten, und Lang beobachtete nun durch die Fugen der Fensterläden, wie sich die Hilners Mutter und Sohn, mit dem Ehepaar Rapp unterhielten. „Kürchtest du dich?“ fragte Frau Rapp den Volda. „Hast du Angst?“ Für ihn antwortete der Kürschner Rapp: „Wozu Angst, was soll er befürchten? Hat je jemand gesehen, hat je jemand erwischt? Niemand hat sie erwischt, die Geschichte ist erledigt, das sind alles nur Vermutungen!“ Keiner Seele, nicht einmal seiner Mutter, bei der er wohnt, hat Lang berichtet, was er gesehen und gehört hat.

Bei der Gegenüberstellung beschwören Graf und Vach, daß an der Erzählung kein wahrer Wort ist. Beide können durch Zeugen beweisen, wo sie sich an jenem Abend aufgehalten haben. Der junge Brettsch ist todkrank. Vor sein Bett geführt, nimmt Lang seine Aussage, soweit sie ihn betrifft, zurück. Das Ehepaar Rapp beidelt, niemals in Hilners Wohnung gewesen zu sein.

Raum ist das Protokoll gefertigt, meldet sich Karl Hazuka, der gegenüber dem „Roten Acker“ die Waut einbeht, bei Sadil. Auch er fühlt sich verpflichtet, die Wahrheit endlich an den Tag zu bringen.

(Fortsetzung folgt.)

43
BRUNO ADLER:
KAMPF UM POLNA
EIN TATSACHENROMAN
Copyright 1934 by Michal Kaoha Verlag, Prag XLX

Auch anderen tatsächlichen Voraussetzungen der Anklage ist durch das Gutachten die Grundlage entzogen. Blutentziehung zum Zwecke einer bestimmten Verwendung des Blutes ist als Tatmotiv schlechthin auszuschließen. Auffallend ist, daß zwei Zeugen, Eisk und Bedal, den Angeklagten auch im Falle Klma befehlen. Der Befund der Sachverständigen in betreff der angeblichen Blutsfede auf den Hofen wird durch die Rationalität abgeschwächt. Fest steht, daß den Geschworenen das Beweismaterial, soweit es gerichtsarztlicher Wahrnehmung und Begutachtung unterlag, vielfach in schiefer Beleuchtung vorgeführt wurde. Die neuerliche Behandlung wird die Untersuchungsergebnisse den Geschworenen in einem dem heutigen Stand der Wissenschaft entsprechenden Licht vorzuführen haben.

Der Alt Marie Klma beim Bezirksgericht Polna schwillt mächtig an. Immer neue Zeugen werden von Bijel und Menowec herangebracht. Sechs Schuster, Schneider, Schlosser und Bauern und ein ganzes Duzend Dienstmädchen und Tagelöhnerinnen haben Hilner mit der Klma entweder in Hhor oder im Wreinawald oder da wie dort gesehen. Viele, die in der Sache Hruza keine Gelegenheit hatten, zur Geltung zu kommen, spielen jetzt endlich eine Rolle. Aber auch die bewährten Zeugen vom vorigen Jahr lassen sich nicht verdrängen. Der grobe, giftige Weclera, den niemand recht leiden kann, ist eine Hauptfigur geworden. Ist ihm, dem Teufelskerl, gar jetzt noch eingefallen, daß er vor einem Jahr, eine Woche vor Ostern, den Hilner mit Hermann Aufrecht

Rücktritt des „nationalen“ Kabinetts Doumergue

Laval lehnt ab
Flandin betraut

Die seit einigen Tagen avisierte schwere Krise des französischen Bürgerfriedenskabinetts der Regierung der nationalen Einigung, die Gaston Doumergue nach den Forderungen gebildet hatte und die alle Parteien von den Neofaschisten Deats und den Radikalfaschisten Derriots bis zur Liberalen Rechten umfaßt hatte (also nur Sozialisten und Kommunisten in Opposition sah) ist Donnerstag zum Ausbruch gekommen.

Doumergue ist nicht eigentlich über seinen Plan einer weitgehenden Verfassungsreform gekürrt, sondern über einen Vorstoß gegen das Budgetrecht des Parlaments, den er erst in den letzten Tagen unternommen und mit seinen Ministern nicht besprochen hatte. Erst dieses in Frankreich ungewohnte Vorgehen, das Doumergue in seiner vorweggenommenen Rolle als alleinigen „Führer“ der französischen Politik und als ausgesprochen antiparlamentarischen Politiker zeigt, hat ihn zu Fall gebracht. Es scheint, daß die Radikalen jetzt erst erkannt haben, wie ernst es Doumergue mit der Aufstellung der Volksovertretung meint. Vielleicht auch fürchteten sie, vor ihren Wählern die Billigung dieser Haltung Doumergues nicht mehr übernehmen zu können.

Doumergue forderte seit langem eine Verfassungsreform, die nicht nur die Rechte der Regierung, sondern vor allem die des Ministerpräsidenten erweitern sollte. Die radikalen Minister hatten sich vom Parteienall in Rantes er-mächtigen lassen, der Reform weitgehend zuzustimmen. Man stritt nur noch um die Frage der Kammerauflösung. Doumergue forderte das Recht der Auflösung der Kammer für sich, die Radikalen wollten es an die Zustimmung des Senats gebunden wissen. Vor allem wollte der Senat selbst nicht auf dieses Recht verzichten. Aber es schien so weit, daß Doumergue sich auch in dem einen Punkt mit den Radikalen einigen würde.

Da forderte Doumergue plötzlich, daß ihm das Parlament drei Budgetzwölftel für 1935 bewillige. Diese Forderung ist für Frankreich sehr ungewöhnlich, sie verrät aber auch Doumergues Absicht, die Kammer aufzulösen und vielleicht erst im kommenden Frühjahr neu wählen zu lassen. An dieser, noch dazu hinter dem Rücken des Kabinetts erhobenen Forderung des Wächter-Diktators entzündete sich die Krise. Die Vermittlungsversuche des vierten radikalen Ministers Marchandeaue scheiterten, das Angebot der Radikalen, sich bei der Abstimmung über die Budgetzwölftel in der Kammer der Stimme zu enthalten, lehnte Doumergue ab. Daraufhin demissionierten die radikalen Minister und begründeten ihren Schritt mit folgendem, ziemlich scharfen Schreiben an Doumergue:

„Sie haben in Ihren Mundstücken, deren Inhalt die Regierung vorher nicht kannte, ein ernstes Reformwerk vorgeschlagen, das einen rein politischen Charakter hatte. Wir hätten Ihnen gern einige Vorschläge unterbreitet. Wir sind für verschiedene Reformen, für größere Befugnisse des Ministerpräsidenten, für eine Erhöhung der Autorität der Regierung und die Beschränkung des Initiativrechtes des Parlaments in finanziellen Angelegenheiten.“

Die Minister legen dann ihre Vorbehalte zu der von Doumergue vorgeschlagenen Auflösung der Kammer durch den Präsidenten der Republik ohne vorhergehendes Anhören des Senates dar. Sie bedauern, daß der Ministerpräsident der Möglichkeit der raschen Verabschiedung des ordentlichen Budgets die Annahme provisorischer Budgetzwölftel vorgezogen hat. Dieses sein Vorgehen halten Sie für einen Fehler. „Die gegenwärtige Kammer,“ sagen die Minister in dem Schreiben,

„hat unserer Regierung gewährt, was sie verlangte, auch einen Teil ihrer Befugnisse. Die Aufgabe der Regierung des Bürgerfriedens ist es, alles zu beseitigen, was sie trennt, und alles zu suchen, was sie annähert. Sie haben z. B. von der Einigkeit der Franzosen gesprochen; auch wir halten sie für notwendig, können uns aber schlecht vorstellen, wie eine Wahlkampagne gegenwärtig inmitten der Not und der Arbeitslosigkeit, inmitten der entsetzlichen Leidenschaften, ausfallen würde. Wir haben nichts anderes von ihnen verlangt, als die Fortsetzung der Politik des Bürgerfriedens, die wir ergeben vertreten. Wir wollen aber ein Mißverständnis vermeiden. Bei der gegenwärtigen Lage wären wir im Parlament gezwungen, entweder gegen die Regierung, deren Mitglieder wir sind, oder gegen unser Gewissen und gegen unsere Freunde zu stimmen. Wir geben daher dem Austritt aus der Regierung den Vorzug.“

Kam überreichte Doumergue dem Präsidenten Lebrun die Demission des Gaston Doumergues. Daß Doumergue sich als „Führer“ fühlt und auch an seine Rückkehr denkt, beweist die Tatsache, daß er an das französische Volk einen Aufruf erläßt, der inhaltlich zwar korrekt, aber in der Form selbst ungewöhnlich ist. In einem Gespräch mit Journalisten erklärte Doumergue, warum er zurückgetreten ist (er machte dabei auch ein gewisses Zugeständnis an die parlamentarischen Bräuche), zugleich greift er die Radikalen heftig an, indem er auf

die blutigen Forderungen anspielt und sie hierfür verantwortlich macht.

Die dreimonatige Mindestfrist habe er deshalb als unerlässlich angesehen, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, im Falle der notwendigen Auflösung der Kammer alle Vorbereitungen zur Ausschreibung der Wahlen, deren Kontrolle, der Einberufung der Abgeordneten usw. zu treffen.

„Es war mir nicht unbekannt,“ sagte Doumergue weiter, „daß die verschiedensten Gegner der Regierung ihren Sturz für den 15. November vorbereiteten und deshalb wollte ich das Budget sichern. Doch jene Männer, die für die Politik verantwortlich sind, die zu den Forderungen und zur Tötung von ehemaligen Frontkämpfern, die unbewaffnet auf der Place de la Concorde defilieren, führten, wollen um keinen Preis die Verantwortung für meine Politik übernehmen. Deshalb haben sie einige Mitglieder meines Kabinetts, deren Zusammenarbeit mit mir immer eine lokale war, gezwungen, mir ihren Rücktritt anzukündigen. Deren Demission hatte auch meine zur Folge, denn die Respektierung der demokratischen und parlamentarischen Prinzipien erlaubt es mir nicht, eine Minderheitsregierung zu bilden.“

Präsident Lebrun empfing nach dem Rücktritt Doumergues zuerst den Senatspräsidenten Jeanneney und den Kammerpräsidenten Fernand Bouisson. Diefem bot er — eine Verbeugung vor dem Recht der Kammer — die Kabinettsbildung an. Bouisson lehnte aber und empfahl Laval, der sogleich betraut wurde, aber um 17 Uhr seine Mission zurücklegte mit der Begründung, er könne nicht zwei Ressorts verwalten und wollte das Neuhere behalten. Für ein Kabinet Laval bestand die Möglichkeit, die Sozialisten heranzuziehen.

Der Vorstand der sozialistischen Partei nahm in seiner Nachsitzung einstimmig eine Resolution an, in der es heißt, daß „man auf die gegenwärtigen außerordentlichen Ereignisse mit außerordentlichen Entschlüssen antworten müsse“. Die Sozialisten sind entschlossen, ihre volle Mitarbeit „jeder kämpferischen Regierung zu versprechen, die fest entschlossen ist, die republikanischen Parteien gegen die faschistische Gewalttätigkeit in Reich und Glied zu stellen“.

Mussolini—Gömbös in innigster Freundschaft

Rom. (Stefani.) Ueber den Aufenthalt des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös in Rom wurde ein Kommuniqué ausgegeben, in welchem es heißt, daß in den Tagen des 6. und 7. November in langen Beratungen zwischen Mussolini und Gömbös die allgemeinen und besonders die beiden Länder betreffenden Probleme im Geiste des italienisch-österreichisch-ungarischen Protokolls vom März d. J. zur Erörterung gelangten, wobei konstatiert wurde, daß in den Ansichten zwischen Rom und Budapest vollkommene Übereinstimmung herrscht und das Ziel der Entwicklung der weiteren Zusammenarbeit mit Österreich ist. Beide Regierungschefs konstatierten weiter das vollkommen zufriedenstellende Funktionieren des Protokolls in den Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern.

Schließlich wird in dem Kommuniqué eine baldige Zusammenkunft der Unterrichtsminister der beiden Staaten angekündigt, die dem Zwecke dienen soll, ein Übereinkommen über die Erweiterung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu vereinbaren.

„Verständigungsaktion“ geht weiter

Wien. (Tsch. P. V.) Der ehemalige sozialdemokratische Bürgermeister-Stellvertreter von Wiener Neustadt und einer der Führer des aufgelösten Republikanischen Schutzbundes Josef Buchler, der drei Tage vor den Forderungen verhaftet worden war, wurde Donnerstag von den Schöffen des Gerichtes in Wiener Neustadt wegen Waffenbesitzes und Geheimbündelei zu zehn Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Von dem Kerker in Looben wurde der Kommunist Johann Schmarn zu 18 Monaten schweren Kerkers wegen Hochverrats verurteilt, da man die Zeitfahrlisten „Rote Fahne“, „Der freie Arbeiter“ und andere Druckschriften bei ihm fand.

Das Militärgericht in Graz verurteilte den Führer des ehemaligen Landbundes, den Arzt Dr. Bohr wegen Teilnahme an dem Aufputsch zu zehn Jahren schweren Kerkers, während seine zehn Gefährten, durchwegs Mitglieder des Landbundes, Strafen von sechs Monaten bis zu sieben Jahren schweren Kerkers erhielten.

Trotz dieser entgegenkommenden Erklärung (oder vielleicht gerade wegen ihr) betraute Lebrun nach dem Verzicht Lavals mit der Kabinettsbildung den Arbeitsminister Flandin. Allerdings ist auch die äußerste Rechte gegen ihn. Die Rechte drängt Doumergue, ein Minderheitskabinet zu bilden, die Auseinandersetzung über die Verfassungsreform also zu beschleunigen.

Angesichts dieser Situation ist es keineswegs sicher, daß Flandin wirklich ein Kabinet aushandeln wird.

Flandin erfolgreich?

Kurz vor Mitternacht meldet Havas, daß Flandin die ihm vom Präsidenten Frankreichs übertragene Mission wahrscheinlich erfüllen werde. Dem neuen Kabinet gehören voraussichtlich u. a. an: Forch: Flandin, Staatsminister; A. Arrist, Neuhere; Laval, Inneres; Marchandeaue, Krieg; Samelin, Arbeit; Marcquet.

Der neue Mann

Der Deputierte und Anwalt Flandin, der Vorsitzende der Partei der demokratischen Allianz hat in seiner Rede am Sonntag die Mitarbeit dieser bedeutenden Partei der Mitte in einem Kabinet der Radikalfaschisten angeboten. Er war bisher mit Minister für öffentliche Arbeiten, für Handel und Finanzen gewesen. Nach dem Tode Baribus wurde sein Name an der Spitze der Anwälte für das Amt des Justizministers genannt. Es wird behauptet, daß Flandin die persönliche Freundschaft und das Vertrauen des Präsidenten der Republik Lebrun besitzt. Die Kandidatur Flandins wurde in parlamentarischen Kreisen verschiedentlich aufgenommen. Die Sozialisten, die vor zwei Jahren eine sehr scharfe Kampagne gegen Flandin geführt hatten, hielten mit ihrer Unzufriedenheit nicht zurück. Auch in konservativen Kreisen wird die Betrauung Flandins sehr wohl aufgenommen. Flandin, der ehemalige enge Mitarbeiter Lardieus, hat sich in den letzten zwei Jahren von diesem mit seiner Politik abgewendet, in der Kammer einen eigenen Klub gegründet und offen mit den Radikalfaschisten zusammengearbeitet. Es scheint jedoch, daß auch zahlreiche Radikale Flandin nicht die geeigneteste Persönlichkeit zu sein scheint, die bei der gegenwärtigen schwierigen Lage die großen Schwierigkeiten zu meistern imstande wäre. Flandin hat mit seinen 45 Jahren bereits eine 20jährige politische Karriere hinter sich. Nach Erlangung des juristischen Doktorates und des Diploms an der Schule für politische Wissenschaften wurde er im Jahre 1914 im Alter von 24 Jahren Deputierter. Während des Krieges diente Flandin als Fliegeroffizier, nach dem Krieg war er Mitglied der französischen Delegation in der Flugrechtlichen Kommission der Friedenskonferenz. Im Jahre 1924 wurde er Handelsminister im Kabinet Francois Marcet sowie im ersten Kabinet Lardieus in den Jahren 1929/30. In den beiden Kabinetten Laval von 1931/32 sowie im dritten Kabinet Lardieus war Flandin Finanzminister. Im letzten Kabinet Doumergue war er Minister für öffentliche Arbeiten.

Vorsprache der Lehrer beim Schulminister

Dienstag, den 6. November, sprach beim Schulminister Dr. Armat eine dreigliedrige Abordnung der Hauptleitung der Reichsvereinsigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer unter Führung der Abg. Irene Rippl und des Obmannes Josef Hudl vor und behandelte in dreiviertelstündiger Aussprache verschiedene Schul- und Standesfragen. Unter anderem wurden folgende Fragen erörtert:

Die Auffassungen deutscher Mittelschulen wurden vom kulturellen Standpunkt, aber auch vom Gesichtspunkt des Arbeitsplatzes für den Lehrernachwuchs behandelt. Einen breiten Raum nahm in der Besprechung die Frage der Aspiranten ein. Zunächst erklärte der Minister, daß die Aspirantenverordnung auf die Volksschulen nicht angewendet werde. Der Minister erblickt in der Anstellung von Aspiranten an Mittelschulen eine soziale Hilfe für den arbeitslosen Professorennachwuchs. Die von der Abordnung vorgebrachten Einwände sollen noch durch nachträglich vorgebrachtes Material ergänzt werden.

Die Abordnung wies ferner im Interesse des Lehrernachwuchses auf die Kräfte der Heberstunden an Mittelschulen hin. Das Verlangen nach Herausgabe einer Zeitschrift, die objektiv über wissenschaftliche Fortschritte der Gegenwart unterrichtet und den wissenschaftlich tätigen Lehrern die Veröffentlichung ihrer Arbeiten erleichtert, fand beim Minister volles Verständnis.

Weiter wurden besprochen die hohen Preise der Schulbücher, die stärkere Betonung des demokratischen Gedankens in den Lehr- und Geschichtsbüchern, das Approbationsverfahren und die Elternvereinigungen. Die Frage der Erhöhung des Schulgeldes an Mittelschulen bezeichnet der Minister als gegenwärtig nicht aktuell.

Die oft irrtümliche Auslegung des Gesetzes über die Schulbücher ereignete sich in der letzten Unterrichtswoche, die durch entsprechende Belegstücke unterstützt wurde. Ueber die Frage der Entlassung der verheirateten Lehrerinnen äußerte sich der Minister, daß sich an dem gegenwärtigen Zustand derselben nichts ändern werde.

Der Eindruck, den die Abordnung von dieser Aussprache mitnahm, war günstig, es zeigte sich, daß der Minister über alle angeführten Fragen informiert war und der Lehrerschaft gegenüber einen wohlwollenden Standpunkt einnimmt.

Neue Marterungen Franz Künstlers

(Dö.) Franz Künstler, der frühere Bezirksvorsitzende der Berliner SPD, der längere Zeit im Konzentrationslager Oranienburg war und dort wie alle mißhandelt wurde, ist (wie seinerzeit gemeldet wurde) aus Oranienburg entlassen worden. Nicht bekannt geworden ist allerdings, daß Franz Künstler sich nicht der Freiheit erfreut hat. Er wurde bald nach seiner Freilassung wieder verhaftet und nach dem Konzentrationslager Lichtenburg gebracht. Dieses Konzentrationslager hat sich in den letzten Monaten an den schlimmsten aller Konzentrationslager entwickelt und die Behandlung der Gefangenen in Lichtenburg ist neuerdings viel schlechter als sie in Oranienburg jemals war. Durch diese grausame Behandlung ist Franz Künstler in Lichtenburg vollkommen körperlich ruiniert worden, daß er auf Veranlassung der Quäler zur Erholung verbracht wurde. Von dort aber ist Franz Künstler von der Gestapo bald wieder weggeholt worden und trotzdem sein körperlicher Zustand ganz schlecht ist, steht er unter dauernder polizeilicher Kontrolle. Franz Künstler ist ein lebendiges Beispiel dafür, daß alle früher aktiven Sozialisten nach ihrer ersten Entlassung aus dem Konzentrationslager nur nicht etwa die furchtbaren Torturen hinter sich haben, sondern immer nur auf einige Zeit davon beurlaubt werden. Nach einiger Zeit werden die so „Beurlaubten“ immer von neuem wieder eingesperrt und in die Konzentrationslager gebracht. Reist immer dann, wenn die illegale Arbeit ihrer früheren Parteifreunde spröde wird und es der Gestapo nicht gelingt, der Täter habhaft zu werden. Dann werden die ehemals führenden Leute gewissermaßen als Gefasel immer von neuem wieder in die Konzentrationslager gebracht und nicht viele werden es sein, die diese dauernden Torturen auf die Dauer lebendig oder gesund an Leib und Seele überleben.

Wachsende Opposition gegen den Reichsbischof

Berlin. Der Landesbischof von Schlesien, Jenke, ist zur Beamtensitzung übergegangen und mit ihm 58 Pastoren, 112 evangelische Theologieprofessoren haben eine schriftliche Aufforderung an den Reichsbischof Müller gerichtet, daß er seinen Rücktritt erklären möge.

Zweidrittelmehrheit der Demokraten in beiden Häusern

New York. (Tsch. P. V.) Nach den Mittwochabend vorliegenden Wahlergebnissen wurden in das Repräsentantenhaus gewählt: 301 Demokraten, 93 Republikaner, 7 Fortschrittler, zwei Landarbeiter-Abgeordnete. 32 Ergebnisse stehen noch aus.

Heimatschutz-Offizier angeschossen

Wien. Am Westbahnhof wurde heute der Heimatschutz-Offizier Beck durch zwei Schüsse verletzt. Die unbekannteren Täter, von denen man nicht weiß, ob es Kommunisten oder Nationalsozialisten sind, verschwanden spurlos.

Gegen die Vollstreckung der Todesurteile in Spanien

Ein Telegramm an Lerroux

Im Namen der gesamten britischen Arbeiterbewegung haben Citrine für den Gewerkschaftskongress, Henderson für die Arbeiterpartei und Vinaja für die Parlamentsfraktion folgendes Telegramm an den spanischen Ministerpräsidenten Lerroux geschickt:

„Der Nationalrat der britischen Arbeiterbewegung, der den britischen Gewerkschaftskongress, die Arbeiterpartei und ihre Parlamentsfraktion vertritt, haben mit größter Befriedigung und Erleichterung davon gelesen, daß Ihr Kabinet die Vollstreckung der Todesurteile an Landsleuten, die tapfer für die Verteidigung ihrer republikanischen und demokratischen Freiheiten gekämpft haben, nicht zuließ.“

Sie appellieren an Sie angesichts Ihres hohen Ansehens als Ministerpräsident und an Ihre republikanische Überzeugung, alles, was in Ihrer Macht steht, zu tun, um den Repressalien ein Ende zu setzen und dafür zu sorgen, daß die Todesurteile an den beurteilten Personen nicht vollstreckt werden.“

Spanien ist berühmt wegen seiner Kultur, Würde und Menschlichkeit. Dieser Ruf würde in der ganzen Welt durch eine bewußte Politik der Milde verstärkt werden. Wir vertrauen darauf, daß wir uns nicht vergebens an Sie wenden.“

Bergarbeiterstreik in Ungarn

Budapest. (M. Z.) Aus Jänkschenden (Pecz) wird gemeldet: 255 Bergarbeiter des St.-Stefan-Schachtes sind Donnerstag nachmittags in den Streik getreten. Sie fordern eine Erhöhung des Lohns und nachträgliche Aufbesserung der für Obdauern festgesetzten Arbeitslöhne. In den übrigen Schächten des Kohlenbergwerkes wird normal gearbeitet.

Zwei ukrainische Terroristen zum Tode verurteilt

Lemberg. Das Schwurgericht fällte Donnerstag früh das Urteil gegen neun ukrainische Terroristen, die Mitglieder einer geheimen Militärorganisation waren und der Ermordung eines Polizeibeamten und mehrerer anderer terroristischer Anschläge beschuldigt wurden. Alle Angeklagten wurden verurteilt, und zwar Rait und Kulkowicz zum Tode und sieben zu fünf bis 12 Jahren Gefängnis.

Die kuffiger warmen Quellen. Im Kuffiger Gebiete befindet sich eine ganze Anzahl warmer Quellen; die einerseits zu Industriezwecken und andererseits zu Badezwecken benützt werden. Das Karlsbader Quelleninspektorat nahm in diesen Tagen die amtliche Messung der Quellen vor und stellte folgendes fest: Die neu geborene Wollfrum-Quelle hat eine Temperatur von 29 Grad Celsius, einen Ausstoß von 5,8 Liter pro Sekunde und einen Druck von 1,27 Atmosphären; die Quelle der Glasfabrik Mühlig-Union hat eine Temperatur von 20,8 Grad Celsius, einen Ausstoß von 19,69 Litern pro Sekunde und einen Druck von 0,16 Atmosphären; bei der Quelle des haidischen Naturbades in Meischa wurde eine Temperatur von 31,7 Grad Celsius, ein Ausstoß von 3,031 Sekundenliter und ein Druck von 0,455 Atmosphären festgestellt; die Schredensheimer Naturbad-Quelle hat eine Temperatur von 30,3 Grad Celsius und einen Ausstoß von 6,08 Litern in der Sekunde. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß die Ergiebigkeit der Quellen ständig abnimmt. Daraus wird geschlossen, daß der unterirdische Zulauf der Quellen kleiner ist, als der Wasserverbrauch an der Erdoberfläche. Die zuständigen Behörden werden Maßnahmen zwecks spärlicheren Verbrauches des Quellenwassers treffen.

Professor Projel gestorben. Donnerstag verstarb in seiner Privatwohnung nach kurzer Krankheit der ordentliche Professor für Genetik an der Karlsuniversität, Dr. Arthur Projel, im Alter von 52 Jahren. Prof. Projel befaßte sich hauptsächlich mit Versuchen auf dem Gebiete der Mendelschen Vererbungslehre und ihrer Anwendung bei der Züchtung und Veredelung von Pflanzen.

Unterstützungen aus dem Fonds des Genieregiments Nr. 1 in Tereſienstadt. Die Verwaltung des Invaliden-, Witwen- und Waisenfonds des Genieregiments Nr. 1 in Tereſienstadt (ehemaliges Sapper-Bataillon 9 in Kuffig, später Genie-Bataillon Nr. 2 in Tereſienstadt) verteilt an Invaliden, Witwen und Waisen seiner Angehörigen, welche im Weltkriege und im Jahre 1919 beschädigt wurden, Unterstützungen für das Jahr 1934 im Gesamtbetrag von 4000 K. Stempelfreie Gesuche sind bis 15. Dezember 1934 einzuweisen. Dem Gesuche sind nachstehende Dokumente beizufügen: Der Nachweis, daß der Pächter (Waise, Vater der Waisen) beim Schwabener Sapper-Bataillon 9 oder beim Genie-Bataillon 2 gebürtig ist, weiter Mittellostbescheinigung, Wohlverhaltenszeugnis und endlich bei Invaliden auch die Militärkarte des Nachweises über den Grad der Erwerbsunfähigkeit.

Chinesische Banditen haben, nach einer halbamtlichen Mitteilung, den Personenzug zwischen Hsima und Peitau angehalten und einen Teil des Zuges ausgeplündert. Die mandschurische Wache verfuhr vergeblich Widerstand zu leisten. Die Banditen haben drei Geologen entführt, um deren Schicksal man beunruhigt ist. Nach den bisherigen Mitteilungen sind acht Personen getötet und eine größere Anzahl verletzt worden.

Befürchtungen um eine Pilegerin. In Port Darwin werden ernste Befürchtungen um das Schicksal der Pilegerin Freda Thomson geäußert, die Mittwoch früh von Port Darwin nach Melbourne gefahren ist und über deren Verbleib bisher nichts bekannt wurde.

Strassenbahnunglück in Berlin. Am Hafenplatz in Spandau fuhr am Donnerstag vormittags ein Strassenbahnzug auf einen dort stehenden Wagen — offenbar infolge Versagens der Bremsen — auf. Durch den starken Zusammenstoß wurden sieben Passagiere erheblich verletzt. Weitere sechs Passagiere kamen mit leichteren Verletzungen davon. Die beiden Strassenbahnzüge wurden erheblich beschädigt und mußten aus dem Verkehr gezogen werden.

Anglist auf See. Im Gelben Meer ereignete sich ein Dampferzusammenstoß, bei dem 80 Personen ertranken.

Wetterbericht. Allgemeine Wetterlage Donnerstag nachmittags: Die Druckfront, welche heute morgens die Alpen überschritten hatte, lag am Nachmittag bereits über Wien und veranlaßte einen erheblichen Wetterunterschied zwischen der West- und Osthälfte Mitteleuropas. München hatte um 14 Uhr nur 1 Grad und Schneefall, dagegen Uffhorod heiteren Himmel und plus 17 Grad. In Böhmen und teilweise auch in Nahrung und Schlesien herrschte Regenwetter. Die Druckfront und mit ihr die Niederschlagszone werden nunmehr gegen Norden zueilen, so daß sich das Wetter in den böhmischen Ländern wieder etwas bessern dürfte. Für den Osten der Republik, wo die Temperatur heute nachmittags noch um 4 bis 8 Grad übernormal war, ist eine mögliche Abkühlung zu erwarten. — Wahrscheinliches Wetter Freitag: Im Osten und im Norden des Staates zunächst noch zeitweise regnerisch mit Abkühlung, sonst Abnahme der Niederschlagsintensität und bei vorherrschendem westlichen Wind vorwiegend bewölkt, strahlweise neblig. — Wetter bis wechselnd bewölkt, strahlweise neblig. — Wetter ausfichten Samstag: Im Westen wieder etwas wärmeres Wetter, jedoch noch unsicher. Luftdruckverteilung über Europa am 14 Uhr: Götterdunkel: 775 Millimeter Südostfrankreich, 760 Millimeter Spanien; Tiefdruck: 745 Millimeter Skagerrak, 745 Millimeter nordwestlich von den britischen Inseln, 732 Millimeter Böhmen.

Obst und Braunkohle als Autokraftstoffe

Alle Versuche, einen neuen Kraftstoff zu finden, sind von dem Bestreben geleitet, vom Benzin loszukommen. Das Erdölvorkommen ist auf den Kontinenten ungleichmäßig verteilt. Die Erdölproduktion befindet sich zum großen Teil in den Händen einiger Konzerne, die unter Umständen die Preise diktieren können. Noch wichtiger aber ist die Tatsache, daß die Braunkraft des Benzins im Motor nur wenig ausgenützt wird. Etwa 87 Prozent des Benzins gehen ungenutzt verloren. Diese geringe Wirtschaftlichkeit hat den Technikern schon viel Kopfzerbrechen verursacht.

Im Kampf um Ersparungsprozente.

Zwanzig Jahre hat Rudolf Diesel an seinem Motor experimentiert, um eine Ersparung im Brennstoffverbrauch zu erzielen. Weitere zwanzig Jahre haben viele Techniker an dem Dieselmotor gearbeitet, um ihn gebrauchsfähig zu machen. Heute erobert der Dieselmotor immer neue Verwendungsgebiete. Er treibt Lastenautos, Eisenbahntriebwagen und sogar schon einige Flugzeuge. Rudolf Diesel selbst wurde von finanziellen Sorgen und Schwierigkeiten in den Tod getrieben. Aber sein Motor gehört zu den wichtigsten Erfindungen der modernen Technik. Gegenüber dem Benzinmotor erspart er 75 Prozent der Ausgaben für den Treibstoff. Statt Benzin genügt ihm das billige Schwereöl, und die Ausnutzung ist nicht wie beim Benzinmotor nur 18 Prozent, sondern 33 Prozent. Der Benzinmotor weicht sich jetzt gegen die Überlegenheit des Diesels. Der arbeitsscheue Schloffer Reichensbach hat einen Zusatz zum Benzinmotor erfunden, der es ermöglicht, auch in diesem Motor Schwereöl zu verwenden: den Gühringmotor. In ihm werden Schwereöl, sogar Steinkohlenteeröl, auf plattenförmigen Einsätzen, Glühbirnen, im Verdichtungsraum des Motorzylinders verdampft und durch diese Verdampfung leicht entzündbar gemacht. Allerdings muß im Motor die Arbeitshöhe vorhanden sein, um diese Verdampfung zu betreiben. Der Gühringmotor kann also nur mit Leichtöl anlaufen. Wenn er aber so weit vorgewärmt ist, schaltet er sich automatisch auf Schwereöl um. Ideal ist auch diese Lösung nicht, aber es wird an ihr noch weiter gearbeitet, und man hofft, Leichtölmotoren mit verhältnismäßig geringen Kosten für den Verbrauch von Schwereölen einzurichten zu können.

Das Dampfauto.

Durch die großartige Entwicklung der Dampftechnik ist das Dampfauto wieder möglich geworden. Das erste Dampfauto, das zugleich das erste Auto war, lief in England. Schon vor hundert Jahren gab es in London einen mit Dampf betriebenen Heberlandautobus, der eine Geschwindigkeit von 60 Kilometer in der Stunde erreichte. Die damaligen Wagen waren sehr schäblich und haben die Straßen arg mitgenommen, sie konnten sich darum nicht recht durchsetzen. Als dann das verhältnismäßig leichte Auto erfunden wurde, schien der Dampfwagen für immer erledigt. Nun aber tauchen in Amerika und England wieder Dampfautos auf, die mit den Benzinautomobilen in Konkurrenzkampf treten. Die neuen Dampfautos sehen fast wie die gewohnten Motorfahrzeuge aus. An der Stelle des Motors befindet sich beim Dampfwagen der mit Öl geheizte Schlangentrockner, der den überhitzten Hochdruckdampf liefert. Kupplung und Getriebe sind überflüssig. Die moderne Dampfmaschine ist viel elastischer als der Motor, bei dem man durch Kuppeln und Einschalten von Getrieben die verschiedenen Geschwindigkeiten einstellen muß. Der Lenker eines Autobuswagens in der Stadt hat täglich mehrere tausend Schaltgriffe auszuführen. Das fällt beim Dampf fort. Der Fahrer kann ständig beide Hände am Lenkrad halten, dazu kommt ein geräuschloses schnelles und doch sanftes Anfahren, ein leiser Gang der Räder ohne jede Erschütterung. Die ersten neuen Dampfautos sind dem Verkehr übergeben. Ihre weitere Entwicklung wird zeigen, ob sie dem Ben-

zin- und Kohleauto eine gefährliche Konkurrenz sind.

Mit Holz geheizte Autos.

Es gibt auch Motorfahrzeuge, für deren Betrieb eine Ladung Holz oder Braunkohle neben Kohle mitgenommen werden muß. Natürlich wird der Holz zuerst in einem kleinen Generator vergaselt. Das Auto fährt also gewissermaßen ein eigenes Gaswerk mit. Auch der Benzinmotor kann mit Gas betrieben werden, weil auch das Benzin vergast, richtiger zerstäubt werden muß, ehe es im Motorzylinder entzündet wird. Für eine Fahrt von 200 Kilometer braucht ein solcher Lastwagen 200 Kilo Braunkohlenbriketts. Das entspricht einer Ersparnis von 90 Prozent der Brennstoffkosten. Als weiterer Vorteil wird angegeben, daß sich diese Generatoren in jedem Lastkraftwagen einbauen lassen. Trotzdem können sich diese Konstruktionen nicht recht durchsetzen. Die Versuche, Lastkraftwagen mit Gas und zwar mit Methan zu betreiben, sind darum viel weiter gediehen. Methan gas steht in beträchtlichen Mengen zur Verfügung. Es ist in den Hochöfen enthalten, die man früher ungenützt entweichen ließ. Es ist ein Nebenprodukt der Stahlgießfabrikation und die Erdgasquellen liefern gleichfalls in der Hauptmenge dieses Gas. Man hat nun vielfach versucht, Methan in Stahlflaschen gepreßt als Treibstoff zu verwenden. Die Ersparnis an Brennstoffkosten beträgt nach allen Berichten etwa 50 Prozent. Aber das große Gewicht der Stahlflaschen, in denen das Methan mitgeführt werden muß, begrenzt den Aktionsradius auf 40 bis 45 Kilometer, und nur in den Gebieten der Hochöfen, Stahlgießfabriken und Erdgasquellen wäre es lohnend, die Verteilung der Stahlflaschen zu organisieren.

Holz und Obst gegen Benzin.

Mit Holz geheizte Lastwagen waren schon wiederholt zu sehen. Auch bei ihnen wird das Holz erst in einem Generator vergast. In Frankreich fahren schon viele laufende solcher Wagen. Auch Italien verläßt sie einzuführen. Noch größer sind die Bemühungen in Deutschland, wo man sowohl aus finanziellen als auch aus strategischen Gründen von der Einfuhr ausländischer Kraftstoffe unabhängig werden will. Mehr noch als das Giftgas, hat das Benzin im Weltkrieg die Entscheidung herbeigeführt, und da Deutschland nicht genug Benzin oder Benzol erzeugen kann, werden die bestmöglichen Anstrengungen gemacht, Ersatzstoffe zu verwenden. Der Holzgasantrieb bietet den großen Vorteil, daß zum Antrieb der Autos Abfallholz verwendet werden kann. Vieles davon werden schon Ersparnisse von 80 bis 90 Prozent gegenüber dem Benzin angehen. In der letzten Zeit wurde sogar berichtet, daß Holzgasgeneratoren auch in Personenaufbauten eingebaut wurden, und daß ihre Konstruktion so verbessert wurde, daß die Leistung von einem Liter Benzin schon mit zwei Kilo Holz zu erreichen ist. Den Nachteil der unständlichen Bedienung wird man bei den großen Ersparnissen in Kauf nehmen müssen.

In manchen Ländern muß Spiritus dem Benzin beigemischt werden. Die Weित्रeife führt dabei zu den merkwürdigsten Kombinationen. Als vor einigen Jahren die kalifornischen Obstärmer ihre Ernte nicht mehr verkaufen konnten, wurde mit Hilfe der Regierung das überschüssige Obst in den Brennereien zu Alkohol verarbeitet und den Motorreibstoffen beigemischt. Und auch in Oesterreich wird mit der Spiritusindustrie darüber verhandelt, einen Teil der minderwertigen Obsterte zu Alkohol zu vergären.

Das Auto der Zukunft.

Der Wettstreit der Treibstoffe um das Auto ist noch lange nicht zu Ende. Wie aus allen Gebieten ist auch hier die Technik unermüdlich bestrebt, die größte Leistung mit dem geringsten Aufwand zu erreichen. Den Sieg kann nur das einfachste und billigste Antriebsverfahren erreichen. Als Straßenpassant müßte man wün-

Parteigenossin! Parteigenosse!
Bist Du schon Mitglied der
Kinderfreunde?
wenn nicht, dann tritt bei
„Freundschaft!“

sehen, daß dem Elektromobil der Erfolg zufiele. Es fährt ziemlich geräuschlos und verunreinigt nicht die Luft durch stinkende Abgase. Aber es bleibt im Stadtbild vereinzelt, weil die Akkumulatoren heute noch viel zu schwer sind. Ein wirklich leichter Akkumulator von großer Leistung könnte eine Revolution in der Automobilindustrie herbeiführen.

Das ideale Auto, die Schöpfung der Technik, der Traum der Pöhlster ist jedoch der Wassermotor, der Wagen, der nur Wasser als Treibstoff braucht. Seit vielen Jahren arbeiten unabhängig voneinander mehrere Techniker und Physiker an dem Wasserstoffmotor. Mehrmals hat es schon geheißen, er sei erfunden, aber wenn man bedenkt, daß es 40 Jahre gedauert hat, ehe der Dieselmotor gebrauchsfähig war, wird man nicht ungeduldig sein. Der Wasserstoffmotor beruht auf der lange bekannten Tatsache, daß elektrischer Strom das Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt. Wenn diese Zerlegung in einem geschlossenen Gefäß vor sich geht, erzeugen diese sich bildenden Gase einen sehr starken Druck. In diesem Druck ist für die Zerlegung des Wassers weniger elektrischer Strom notwendig als in offenen Gefäßen. Und da bei der Verbrennung von Wasserstoff und Sauerstoff (Sauerstoff) wieder Wasser entsteht, ist auch vorläufig nur theoretisch die Möglichkeit gegeben, mit einem geringen Wasservorrat ein Auto zu betreiben.

Die herrschende Stellung des Benzinmotors im Verkehr der Straße ist bedroht. Ein neuer Treibstoff, sei es nun Abfallholz oder Wasser, der sich allgemein durchsetzen kann, der also auch für Personenkraftfahrzeuge in Betracht kommt, wird eine größere Umwälzung im Verkehr und in der Weltwirtschaft herbeiführen, als sie selbst der Benzinmotor herbeigeführt hat.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Der Postverkehr in der Krise

Auch im Postverkehr lassen sich die Wirkungen der Wirtschaftskrise genau beobachten. Die Zahl der beförderten Briefsendungen, die im Jahre 1930 mit 1,11 Milliarden im Höchstmaß erreichte, ist im Jahre 1933 bis auf 940 Millionen zurückgegangen. Die Gesamtanzahl der ausgegebenen und empfangenen Postanweisungen nahm in den letzten sechs Jahren folgende Entwicklung:

Jahr	aufgegebene Postanweisungen	empfangene Postanweisungen
1928	12,710,000	13,400,000
1929	13,093,000	13,753,000
1930	12,942,000	13,536,000
1931	12,491,000	12,652,000
1932	11,979,000	11,852,000
1933	11,350,000	11,070,000

Die auf Postanweisungen eingezahlten Beträge erreichten 1929 die Summe von über 2,600 Millionen Kronen. Im Jahre 1933 war sie nur noch 2,651 Millionen Kronen. Ausgegeben wurden auf Postanweisungen 1929 über 3,753 Millionen Kronen, 1933 über 2,671 Millionen Kronen. Beinahe gehalbt hat sich die Entwicklung im Telegrammverkehr. Während 1929 über 17 Millionen Telegramme befördert wurden, waren es 1933 nur noch 9,946,000. Die Gesamteinnahmen für ausgegebene Telegramme erreichten 1929 den Betrag von über 55 Millionen Kronen, 1933 jedoch nur den Betrag von etwas mehr als 30 Millionen Kronen.

Guy Fawkes

Zum Jahrestage des Anschlages auf das englische Parlament

Wer im Oktober oder November durch die Straßen einer englischen Stadt geht, wird Schatten von Kindern sehen, mit geschwärzten Gesichtern und in Bekleidungen jeder Art, die vor den Kinns, den Kaufhäusern und den Stationen der Untergrundbahn umherlungern und jeden bitten: Erinnern Sie sich an den Guy, bitte, geben Sie mir einen Penny. Das Geld dient angeblich dazu, die Kosten des kleinen Feuerwerkes zu decken, das am Abend des 5. November jedes Haus veranaltet, es wandert aber in den meisten Fällen in den nächsten Sweet-shop.

Diese Sitte, die einer der Reize des Londoner Lebens ausmacht, ist die Erinnerung an die verübte Zerstörung des englischen Parlamentes, die, wenn auch zum harmlosen Scherz der Kinder geworden, vielleicht eben dadurch im Bewußtsein des Volkes fortlebt.

Es ist mehr als 300 Jahre her, das Guy Fawkes, ein Katholik und Mitglied einer guten Familie, König und Parlament in die Luft sprengen wollte. Guy Fawkes und andere Katholiken wollten der antikatolischen Gesetzgebung Königs James I. durch diesen Anschlag ein Ende setzen. Die Vorbereitungen wurden auf dem Kon-

tinental, vor allem in Flandern getroffen. Das an das Parlamentsgebäude anstoßende Haus wurde gemietet und von seinen Kellern aus ein Gang in die Keller des Parlamentes getrieben. Dann wurden 36 große Fässer Schießpulver vordereit. Am 5. November, dem Tage, an dem der König James in Anwesenheit der Lords und der Vertreter der Gemeinden die neue Session eröffnete, sollte der Anschlag durchgeführt und das ganze Gebäude in die Luft gesprengt werden.

Mit der Durchführung wurde Guy Fawkes als der ungeschickteste und kühnste der Verschwörer betraut. Doch der Plan wurde verraten, die Verschwörer, an der Spitze Guy Fawkes, hingerichtet. In England, wo alle Sitten schwer sterben, ist es noch heute Brauch, daß vor dem Beginn jeder Session hohe Beamte und Soldaten mit Laternen einen Rundgang durch die ganzen Gebäude machen, um sich davon zu überzeugen, daß keine Gefahr droht.

Guy Fawkes ist lange tot, nichts mehr als ein Kinderscherz. Aber die Zeremonien und die Verlesungen aller Art, um einen Anschlag auf das Parlament zu verhüten, sind sie nicht mehr als ein sinnlos gemachter Brauch? Sind sie heute nicht symbolisch? Sollte nicht wieder Guy Fawkes?

In Deutschland ist erst vor kurzem der Sturz der Volksoverretung in Flammen aufgegangen. Mit ihm verbrannte alles, was in jahrzehntelangen Kampfen um Freiheit und Rechten aufgebaut worden war. In anderen Ländern waren die Guy

Fawkes nicht weniger erfolgreich. Er würde hängen, lebte er, um zu leben, wie viele Nachfolger er gefunden hat.

Nur wenige Länder erstreben sich heute demokratische Freiheit und einer vom Volke frei gewählten Regierung. Unter ihnen ist auch das Land Guy Fawkes, ja es ist heute eine Schippe und Handlung der politischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Aber so wie vor dreihundert Jahren ist diese Freiheit bedroht. Wie damals sind es kleine Gruppen, die das Gefüge der Volksobermacht zerschüttern wollen, um selbst die Macht auszuüben. Nach Jahrhunderten, in denen der Gedanke der Volksoberretung und der sozialen Gerechtigkeit fast alle zivilisierten Länder erobert hatte, ist er in größerer Gefahr denn je. Die Guy Fawkes bedrohen nicht nur das Leben ihrer Gegner, sie trampeln auch, dessen ist diese Zeit entfremdeter Zeuge, den Geist nieder, sie werfen die Welt ins Mittelalter zurück, dessen modernere Jünger es nur noch entschließen machen.

Wir müssen verhüten, daß es so kommt. Gebäude, wie Sinn und Geist dessen muß gewahrt bleiben, das die Guy Fawkes zu zerstören trachten. Sie müssen auf Mut und Entschlossenheit stehen. Dann werden sie, die scheinbaren Heroen und starken Männer, in späteren Zeiten zum Gespött der Kinder werden. Feuerwerk und Kinderspiel wird dann, wie heute in England, die letzte Erinnerung an einen glänzlichen Epus sein. D. K.

Riferiki

Eine Fabel von Demos

Eines schönen Tages brach im Hühnerhof eine böse Epidemie aus. Die Krankheit verlief zunächst ganz harmlos und unter Symptomen, die zur Beunruhigung keinerlei Anlaß gaben. Im Gegenteil, man fand den Veränderungen, die durch die Seuche während ihres Anfangsstadiums im Organismus des Hühnervolkes hervorgerufen wurden, durchaus sympathisch gegenüber. Bei den Hähnen bewirkte die Krankheit fürs erste eine enorme Steigerung der physischen und seelischen Kräfte, die geradezu als Verjüngung bezeichnet werden mußte. Den Godeln schwoll mächtig der Kamm, ihre Schwanzfedern wurden um einen halben Meter länger und ihr Getöse erhielt die strahlende Reinheit eines klassischen Operntenors. Es war, als hätten sie spanische Fliegen gefressen. Begreiflich, daß die Hennen diese wahrhafte Erneuerung des ganzen Godelwesens mit lebhafter Freude begrüßten. Sobald sie eines solchen Hahnes, der mit ungefühmer Korrosivität seinen ihm von der Natur auferlegten Pflichten nachging, anfänglich wurden, fingen die Hühner alsogleich fröhlich zu gackern an und das Eierlegen wurde bald ihre liebste Beschäftigung.

Leider aber waren diese wohlthätigen Wirkungen nur von kurzer Dauer. Die Eier, ursprünglich von blendend weißer Farbe, zeigten plötzlich verdächtige gelbe Tupfen und wurden, kaum daß sie gelegt waren, auch schon fünfzig wie zwei Jahre alte Fäulnisse. Das Schlimmste aber war: Die Küken, die aus diesen Eiern ausgebrütet wurden, kamen blind zur Welt. Und das ist das größte Unglück, das einem Huhn überhaupt widerfahren kann. Ein blindes Huhn findet bekanntlich kein Korn, und wenn es kein Korn findet, muß es schließlich elend zugrundegehen.

Das wurden die Hühner allmählich mit Schrecken gedacht und weil sie den Eindruck hatten, es hier mit einer gefährlichen Krankheit zu tun zu haben, fragten sie einen erfahrenen Enteriach, der acht Semester Medizin studiert hatte, um Rat. Der Enteriach begann sofort mit seinen Untersuchungen und nach wenigen Tagen konnte er bereits feststellen: „Bei euch ist“, so erklärte er, „das gelbe Fieber ausgebrochen. Das ist eine gar furchtbare Krankheit. Wer von ihr befallen wird, erblindet nicht nur, sondern wird obendrein blöd. Der Erreger der überaus ansteckenden Seuche ist ein Bazillus, der die Form eines Kreuzhakens hat und wahrscheinlich durch einen braunen Floh, pulex teutonius genannt, eingeschleppt wurde. Dieser braune Floh stammt unzweifelhaft aus der Geflügelarm, die sich unheilvoller Weise in der nächsten Nachbarschaft befindet. Man züchtet ihn dort in Reinkultur aus Gränden, die mitzutheilen ich mich nicht berufen fühle.“

Die Hühner bedankten sich schon für die Auskunft, die der Enteriach ihnen gegeben hatte. Natürlich wollten sie nun auch noch wissen, wie man die Seuche wohl am wirksamsten bekämpfen könne. Und sie gaben nicht eher Ruhe, bis sie auch darüber aufgeklärt wurden. „Gegen das gelbe Fieber“, sagte der Enteriach, „gibt es nur ein sicheres Mittel: die Schutzimpfung mit dem vom Professor Flamingo entdeckten Heißserum „Demokratos“. Damit müßt ihr eure Hähne impfen. Bei den Hennen ist eine Impfung nicht nötig, weil der braune Floh nur auf die Godeln kauft. Sind diese einmal gesund, dann kann euch nichts mehr geschehen.“

Daraufhin ließen sich die Hühner durch den Enteriach sofort 10 Vierfüßler voll Heißserum beschaffen. Als sie aber an die Hähne mit dem Erüden herantreten, sich schleunigst impfen zu lassen, damit der verheerenden Seuche endlich Einhalt geboten werde, protestierten die Godeln auf das energischste und erklärten, sie dächten nicht daran, sich einer solchen Impfung zu unterziehen. Denn ihnen selbst bekomme die Krankheit ganz gut. Die Hühner, ob dieser Weigerung erstaunt, liefen zum Enteriach und fragten ihn, was nun zu tun sei. Der Enteriach rief ihnen, einfach Gewalt anzuwenden. Dazu kam es aber nicht mehr, weil die Godeln, die rechtzeitig von diesem Vorhaben Kenntnis erlangt hatten, inzwischen verduftet waren. In die Geflügelarm, die sich, wie schon erwähnt, in der nächsten Nachbarschaft befand.

Nun, die Hühner waren darüber gar nicht böse. Mit dem Verschwinden der Hähne mußte ja auch die Seuche erlöschen und das war ja die Hauptsache. Das Hühnervolk atmete erleichtert auf. Eine Weile war es sogar ausgeprochen allmählich, aber dieser Zustand der Zufriedenheit währte leider nicht lange. Wer Hühner kennt, wird das verstehen. Was ist schon ein Huhn ohne Hahn? Eine Hühne wider das Mut, ein Verbreden an der Natur. Eier mit gelben Tupfen, die noch dazu hinten wie die Pest, sind sicher eine üble Sache, aber gar keine Eier, das ist noch viel ärger.

Die Hühner erkannten, daß sie ohne Hahn nicht leben können. Daher flegten sie täglich von früh bis abends zu den Stämmen, in denen sie die Lenker ihres Schicksals vermuteten, mit ihnen doch ein Einsehen zu haben und sie wieder mit einem Godel zu beglücken, auf daß ihr Dasein wieder die entsprechende Würze erhalte.

Ihr Flehen ward erhört. Eines Morgens stand auf dem Hühnerhof ein prächtig schillerndes Hahn, gar herrlich anzuschauen. Die Hühner waren vor Freude und Heberausung ganz aus dem Häuschen. Gleich aber fügten ihnen schwer-

PRAGER ZEITUNG

Das Budget Prags für 1935 wurde am Mittwoch vom Finanzreferenten Prags, Primarstellvertreter Dr. Štála, Journalisten gegenüber erörtert. Aus den Ausführungen geht hervor, daß die Stadtgemeinde als Basis des neuen Budgets die Ergebnisse der Jahre 1933 und 1934 genommen hat, und demgemäß imstande war, den Voranschlag derats zu präliminieren, daß ein Überschlag von 10 Millionen Ké höher als im Vorjahre. Die voraussichtlichen Einnahmen sind mit 525.161.202 Ké präliminiert, so daß sich ein Überschlag von 107.257 Ké ergibt. Im außerordentlichen Budget sind 210 Mill. Ké vorgesehen, die im Anleihewege aufgebracht werden, beziehungsweise teilweise schon aufgebracht wurden, und die ausschließlich für Investitionsarbeiten verwendet werden sollen. In dieser Summe ist auch der Betrag zur Arbeitslosenunterstützung von 20 Millionen inbegriffen, für welche Zwecke im ordentlichen Budget weitere fünf Mill. Ké vorgesehen sind.

Eine Alexander- und Barthou-Ausstellung. Im Ausstellungssaal der Bibliothek des Nationalmuseums wurde gestern vormittags in feierlicher Weise die Ausstellung der Photographien aus dem Leben und den letzten Augenblicken Königin Alexanders I. und des französischen Außenministers Louis Barthou eröffnet. Die Ausstellung umfaßt rund 800 Photographien aus dem Leben Alexanders und Barthous aus ihrem Aufenthalt in Prag, Bilder über das Pariser Leben, die Begräbniszeremonien in Split, Belgrad, Opatowitz und Paris.

Kunst und Wissen

Nächste Arbeiter-Vorstellung: „Zwei Witwen“

am 18. November um 1/3 Uhr im Deutschen Theater. Karten ab Freitag bei Optiker Genossen Deutlich.

Gastspiel Wigi. Revuevorstellung für den Verband der deutschen Journalisten in Böhmen — Gastspiel Benjamin Wigi als Kuboff in „Vobeme“ am Freitag, den 23. November. Aufgehobenes Abonnement. Vorverkauf für Abonnenten heute. Ab Samstag allgemeiner Vorverkauf. Die Abonnenten werden um rasche Bestellung gebeten.

Malerer „Spiel vom Leben und Sterben des Bauern“, Sonntag, den 12. November, halb 8 Uhr (gemeinsam mit dem Kulturverband). Einzige Ausführung! Allgemeiner Vorverkauf täglich! Alle Galleriepreise Ké 6.—, alle Parterre-, Balkon- und II. Ranglogenpreise Ké 12.—, alle I. Rang-, Parterre- und I. Ranglogenpreise Ké 20.—

wiegende Bedenken auf. Ob dieser Godel auch gesund ist? Ob er nicht am Ende auch braune Röhre hat? Eine alte, tapfere Henne sahte sich ein Herz und fragte ihn darnach. „Keine Spur!“, sagte der Godel, „vom gelben Fieber kann bei mir keine Rede sein, und was ein brauner Floh ist, weiß ich gar nicht einmal. Daß sich in der Nachbarschaft eine Geflügelarm befindet, wo die bewußten Flöhe angeblich in Reinkultur gezüchtet werden, ist mir gleichfalls unbekannt. Davon habe ich jedenfalls noch nie etwas gehört. Wahrscheinlich ist das überhaupt eine Greuelmeldung.“

Diese Antwort konnte jedoch das von den Hühnern einmal gebegte Mißtrauen nicht restlos beseitigen. Sie gingen daher wieder zum Enteriach und fragten ihn um seine Meinung. „Ihr müßt“, sagte der Enteriach, „in diesem Falle den Godel eben unteruchen. Dabei ist es gar nicht notwendig, daß ihr nach den Flöhen fahndet. Es genügt durchaus, wenn ihr euch von ihm etwas vorfragen laßt. Klingt sein Riferiki genau so wie das seiner Vorgänger, dann ist er infiziert und ihr müßt ihn impfen oder wieder zum Teufel jagen!“

„Gut“, gadernten die Hühner und bedankten sich schon beim Enteriach. Alsdann begaben sie sich zu dem schillernden Godel und verlangten von ihm, daß er Riferiki sagen soll. Der Hahn erwiderte, er sei gerne dazu bereit, aber nicht hier, denn wenn er schon krähe, müsse es auch dafür sein. Hier sei außerdem nicht der geeignete Ort für sozusagen programmatische Erklärungen, weil die Kräfte schlecht sei und weil ein selbstbewußter Hahn auf einem so kleinen und dreckigen Hof nur verachtungsvoll schweigen könne. Er wisse aber mit einem Felde weit brauchen einen großen Mißhaufen, von dem herunterzutragen ihm direkt Vergnügen machen werde.

Die Hühner waren mit seinem Vorschlag ohne weiteres einverstanden. Und also zog eines schönen Tages das ganze Hühnervolk in mächtiger Prozession zu dem bezeichneten Mißhaufen hin und als alles versammelt war und der schillernde Godel ihn bestieg, ertönte ein lautes, erwartungsvolles Gekader. Der Hahn hob seinen vor Stolz geröteten Kopf und winkte mit seinem papirfarbenen Kamm energisch Ruhe. Sofort wurde es mäusestill und alles lauschte mit einer andachtsvollen Spannung, die bei Hühnern wirklich erstaunlich war. Und dann kam der große, unvergeßliche, historische Augenblick, der entscheiden sollte, ob der Godel braune Röhre hat oder nicht. Noch einen Aus gab sich der imponierende Hahn, jeder soll ein echter Riferikinig, und dann krähte er ein Riferiki in die vor Erregung zitternde Luft, so kraftvoll und herrlich, daß man vermeinte,

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag halb 8: Die Frau von Messina, Gastspiel Hedwig Bleibtreu, D 1. — Samstag 8: Frau von Messina, Gastspiel Hedwig Bleibtreu, Schülervorstellung, halb 8: Die Jugenoten, B 2.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag 8: Hoch Klingt das Lied vom braven Mann. — Samstag 8: Schottentanz, Gastspiel Werbezirk, Abschiedsvorstellung.

Aus der Partei

A. S. S. A. Montag, 12. November, 20 Uhr, Nr. 4, Arbeitsabend. „Sozialpolitische Pragen“, Referat, Tatsachen, Denkschrift. — Montag, 19. November, 20 Uhr, „Rationale und Internationale Politik von heute“.

Sport • Spiel • Körperpflege Winter-sport

Vorüber sind die schönen, warmen Sommer-tage. Kalte, rauhe Lüfte, durchzogen von Nebelschwaden, fegen durchs Land. Verbotten der kommenden Jahreszeit — des Winters.

Das ist die Zeit, wo in der Brust der anderen, der Winterporrier, ein Sehnen erwacht! Ein Sehnen nach Freiheit, nach ungehindertem Tun im Gebirge. Eintretende Kälte mahnt uns für die Vorbereitungen des Winters. Die Schneefahne, Schlittschuhe und der Modelschlitten verlassen ihren Sommeraufenthalt und werden einer genaueren Durchsicht unterzogen. Der Winter, dieser rauhe, zottige Geselle, ist nicht ein zu großer Freund des unter dem Kapitalhock feufendenden arbeitenden Volkes. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bei sehr vielen Gewerken, lassen nur die notdürftigste Kleidung erschwingen und die langen Winterabende in wenig gedeckten Zimmern verbringen. Trotzdem müssen wir Winterporrier den Fellen tragen und nehmen den Kampf gegen die wenig beliebte Jahreszeit freudig auf. Sind es doch die Leibesübungen, deren Wert wir kennen, die wir mit Hilfe unserer Sportgeräte in der reinen, klaren, sauerstoffreichen Winterluft ausüben können. Wer möchte nicht die tiefverschneiten, im Rauchreif glitzernden Wälder und Berge auf Schneefahnen durchstreifen, fern von der Arbeitsstätte, vom Kuh und Qualm. Der Schneeschuh einzig und allein erlaubt es uns, auch in die geheimsten Winkel der Natur zu dringen. Wer wird sich hinter den Ofen setzen, wenn die spiegelblanken Eisbahnen zu fröhlichen Kreisen einladen? Wer wird den Schlitten in der Kammer liegen lassen, wenn die Modelbahn in laufender Fahrt genommen werden kann? Kein Winterporrier wird zu Hause bleiben, um solche Stunden zu erleben.

Ein neues Filmgeflücht



Die junge tschechische Schauspielerin Jozka Kubovska spielt eine Hauptrolle in dem Binovec-Film „Der Ruf im Schnee“.

Gewiß: Unser Wintersport im Vergleich zur bestehenden Klasse weist einen großen Unterschied auf. Während wir Arbeiterporrier Wintersport betreiben zur körperlichen sowie geistigen Befundung und um mit neuer, frischer Kraft den Kampf ums Dasein aufzunehmen, wird er im bürgerlichen Lager zu Sensationen aufgeblasen auf Kosten gekaufter Arbeiterknoten, nur um den Nerventitel der sensationshungrigen bürgerlichen Gesellschaft zu befriedigen.

Wir Arbeiterwintersportler in der Tschechoslowakei können stolz sein auf unsere heimatischen Berge, die uns Gelegenheit geben, Wintersport in reichem Maße zu betreiben.

Abonnements - Bestellschein.

Abonnent ab 1934 Das täglich erscheinende Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

„Sozialdemokrat“

Verwaltung Prag XII, Fochova st. 62, zum Preise von 16 Ké monatlich, und sende diesen Betrag nach Erhalt des Verlagsscheines ein.

Name:

Genaue Adresse:

Rechte Post:

Unterschrift:

mein liebes, alles Huhn! Wohl gleicht mein Getöse dem der anderen, aber es besteht doch ein wesentlicher Unterschied. Bei meinem Riferiki liegt die Betonung auf der ersten Silbe, bei jenem lag sie auf der letzten. Stimmi's oder stimm'i's nicht? „Stimm'i!“ gadernte es braufend über das weite Feld, und das Hühnervolk, nummehr völlig beruhigt, tanzte um den Mißhaufen einen wilden Tancan. Die Sonne war grenzenlos. Drei Tage lang lebten die Hühner wie in einem Raufisch-Angeflücht dieses einzigen und wunderbaren Godels, erwaunte sogar in ganz alten Gudelhennen wieder der sex appeal. Und das gesamte Hühnervolk gab sich, wieder nach Hause zurückgekehrt, mit geradezu hemmungsloser Leidenschaft dem Eierlegen hin.

Die gelegten Eier waren keineswegs weiß wie viele wohl erwartet haben mochten. Sie hatten aber auch keine gelben Tupfen, sondern braune. Die Küken, die aus diesen Eiern ausgebrütet wurden, waren jedoch merkwürdigerweise weder blind noch blöd. Es waren überhaupt keine Küken. Es waren — braune Röhre.

Urania-Kino, Klimentská 4.

Fernsprecher 6163.

„GOLD“

Ein herrliches Filmwerk mit Hans Albers, Brigitte Helm etc.

Die Zentralbruderlade in Prag gibt bekannt, daß nach kurzer Krankheit ihr Direktor, Herr

JUDr. Josef Picek

im Alter von 51 Jahren gestorben ist. Er wurde plötzlich mitten aus seiner schöpferischen Mitarbeit an der Sanierungsaktion für die Bergbauversicherung hinweggerafft. Die Zentralbruderlade, der tschechoslowakische Bergbau und die Sozialversicherung überhaupt, hat in dem Verstorbenen eine hervorragende Kraft, einen der Mitbegründer, auf welchem die Bergbauversicherung stand und ausgebaut wurde, verloren.

Das Begräbnis findet am Freitag, den 9. November 1934, um 3 Uhr nachmittags an der Kapelle am Olschaner Friedhof aus statt. (Altes Krematorium).

Prag, den 7. November 1934.

2760